

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 37 | 11.09.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Ausgaben

Zeitschrift für Energie- und Technikrecht (ZTR):

- > Der maschinell erstellte Bescheid (Teil II) (*Michael Denk*)
- > Der Rechtsrahmen für Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien (*Maximilian Hautzenberg*)
- > Die Reichweite der Verordnungsermächtigung zur Genehmigungsfreistellung von gewerblichen Betriebsanlagen nach § 74 Abs 7 GewO 1994 (*Manuel Neusiedler*)
- > Strom- und Gastarifierung von Netzbetreibern: Berücksichtigung von EIB-Krediten bei den Finanzierungskosten (*Paul Oberndorfer*)
- > Der lange Weg zur aktiv erteilten Einwilligung bei Cookies im Lichte der informationellen Selbstbestimmung (*Gregor Aichinger*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit (ZVG):

- > Mit Beilage: Kommentar zum COVID-19-Verfahrensrecht (*Mathis Fister, Andreas Janko, Michael Mayrhofer, Michael Denk, Anna Katharina Struth*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 100/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz** geändert wird (Festlegung eines Preisbands für wirkstoffgleiche Arzneispezialitäten zur Verringerung von bestehenden Preisunterschieden; Zahlung offener Beiträge vom Insolvenz-Entgelt-Fonds [IEF] an die Krankenversicherungsträger iRd Jahresabrechnung)

[BGBl I 101/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Hochschulgesetz 2005** geändert wird (Umsetzung der im Regierungsprogramm 2020 bis 2024 genannten Ziele im Hochschulbereich; sowohl Qualitätssicherung und Profilbildung im Hochschulsektor als auch Modernisierung der Universitäts- und Hochschulorganisation)

[BGBl II 390/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Anwendung von Abschnitten der Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**) – 1. C-SchulampelphasenVO für Zentrallehranstalten

[BGBl II 391/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für EU und Verfassung über die Festsetzung der Pauschalvergütung des Bundes für die Leistungen der Rechtsanwälte im Rahmen der Verfahrenshilfe vor den Verwaltungsbehörden und den Verwaltungsgerichten (**Pauschalvergütungsverordnung Verwaltungsgerichte – VwG-PauschVgtV**)

[BGBl III 137/2020 \(Anlage\)](#)

Übereinkommen über die **Zustellung** gerichtlicher und außergerichtlicher **Schriftstücke im Ausland** in Zivil- oder Handels-sachen vom 15. November 1965

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 292 v 07.09.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/1251 der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 2. September 2020 zur **Ernennung von drei Richtern** und eines **Generalanwalts** beim Gerichtshof

[ABI L 294 v 08.09.2020, 1](#)

Beschluss (EU) 2020/1253 des Rates vom 4. September 2020 zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 eingeführten und mit den Beschlüssen (EU) 2020/556, (EU) 2020/702 und (EU) 2020/970 verlängerten befristeten **Ausnahme von der Geschäftsordnung** des Rates angesichts der durch die **COVID-19-Pandemie** in der Union verursachten Reisebehinderungen

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2020, [V 28/2019](#)

StVO; Gesetzwidrigkeit einer Verordnungsbestimmung der Bürgermeisterin einer OÖ Gemeinde betreffend die Einrichtung einer **Kurzparkzone**; mangelnde Übereinstimmung der aufgestellten Verkehrszeichen mit der Verordnung

08.06.2020, [G 140/2020](#)

Wr MindestsicherungsG; Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des Wr MindestsicherungsG betreffend den **Ausschluss von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung**; Unsachlichkeit des Ausschlusses der Bedarfsgemeinschaft von minderjährigen österreichischen Staatsbürgern und deren Obsorgeberechtigten auf Grund des Aufenthaltstitels „Dauer-aufenthalt – EU“ der Obsorgeberechtigten

08.06.2020, [E 2751/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung eines Antrags betreffend den **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** und das Einreiseverbot wegen entschiedener Sache; mangelnde Auseinandersetzung mit den aktuellen Länderberichten des UNHCR zum Herkunftsstaat Afghanistan

08.06.2020, [E 3377/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status einer subsidiär Schutzberechtigten** betreffend eine Staatsangehörige der Russischen Föderation; mangelnde Auseinandersetzung mit dem Gesundheitszustand, einer ärztlichen Bestätigung und den Therapiemöglichkeiten im Herkunftsstaat

08.06.2020, [E 3524/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; keine Feststellungen hinsichtlich der Sicherheitslage für Kinder; keine Auseinandersetzung mit den aktuellen UNHCR-Richtlinien zu Bagdad

08.06.2020, [E 3937/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten des EASO sowie mangelhafte Beweiswürdigung

08.06.2020, [E 4019/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** in einem Verfahren über die Aberkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten**; mangelhafte Auseinandersetzung mit der strafrechtlichen Unbescholtenheit und der Integration eines seit sieben Jahren in Österreich aufhältigen afghanischen Staatsangehörigen

08.06.2020, [E 883/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; mangelnde Ermittlungstätigkeit zur Situation Minderjähriger sowie mit der Herkunftsregion; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Zulässigkeit der Rückführung angesichts der UNHCR-Empfehlung

26.06.2020, [E 948/2020](#)

BVG-Rassendiskriminierung; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** mangels Begründung des mit der Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** erlassenen Einreiseverbots betreffend eine Staatsangehörige von Georgien

26.06.2020, [E 4233/2019](#)

GaswirtschaftsG; Verletzung im **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch die Zurückweisung einer gegen einen verfahrensrechtlichen Bescheid der Regulierungskommission der E Control über die Durchführung eines schiedsgerichtlichen Schlichtungsverfahrens nach dem GaswirtschaftsG gerichteten **Beschwerde einer Fernleitungsnetzbetreiberin** mangels Beschwerde durch das BVwG; Zulässigkeit der privatautonomen Vereinbarung einer ausschließlichen Zuständigkeit des Schiedsgerichts unter Ausschluss der Zuständigkeit der Regulierungskommission auf Grund des Zwecks des Verfahrens nach dem GaswirtschaftsG

14.07.2020, [V 355/2020 ua](#)

COVID-19-MaßnahmenVO der Bezirkshauptmannschaft Landeck; Zurückweisung von **Individualanträgen auf Aufhebung zweier COVID-19-MaßnahmenVO** einer Tir Bezirkshauptmannschaft; kein Eingriff der angefochtenen AufhebungsVO in die Rechtssphäre mangels Rechtsanspruchs der antragstellenden Gesellschaft auf Fortbestand der aufgehobenen VO

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

01.07.2020, [Ra 2017/06/0102](#)

AVG; eine **Antragstellung auf Verordnungsprüfung** durch den VwGH ist im **Verfahren betreffend die Wiederaufnahme** nicht möglich; in diesem Verfahren ist nur zu prüfen, ob die Abweisung des Wiederaufnahmeantrags zu Recht erfolgt ist; hierfür ist zwar ua ausschlaggebend, ob die Aufhebung der VO tatsächlich von Einfluss auf das Ergebnis des Verwaltungsverfahrens sein kann; dies bedeutet aber noch nicht, dass es tatsächlich im fortgesetzten Verfahren zwingend zu einer Antragstellung kommen muss, zumal nicht feststeht, ob und inwieweit das LVwG etwa zu einer alternativen Begründung der Abweisung der Beschwerde des Rw oder umgekehrt zu einer aus anderen Gründen erfolgenden Stattgabe der Beschwerde kommt

16.07.2020, [Ra 2020/02/0095](#)

VStG; wird für den **Filialbetrieb eines Unternehmens** ein **verantwortlicher Beauftragter** iSd § 9 Abs 2 zweiter Satz VStG bestellt, so liegt der Tatort einer von diesem zu verantwortenden Verwaltungsübertretung nicht am Sitz der (zentralen) Unternehmensleitung, sondern dort, wo die Dispositionen und Anweisungen zur Vermeidung der Verstöße gegen die Verwaltungsvorschriften hätten gesetzt werden müssen; dies ist bei einem verantwortlichen beauftragten Filialleiter der Standort der jeweiligen Filiale

13.08.2020, [Ra 2020/01/0213](#)

Bgld GemeindeO; **B-VG**; die **Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Vergabe von Förderungen**, Subventionen und dergleichen fällt in den im B-VG vorgezeichneten Begriff der Gebarungskontrolle, weil die Entscheidung, wem eine Förderung, Subvention oder dergleichen zukommen wird, jedenfalls finanzielle Auswirkungen haben kann; da die im 4. Hauptstück der Bgld GemeindeO geregelten Angelegenheiten die Gebarung der Gemeinden betreffen, erfüllt jedwede aufsichtsbehördliche Prüfung der Gebarung der Gemeinden – sei es iRd Gebarungskontrolle nach § 79 leg cit oder IRd Gesetzmäßigkeitskontrolle nach § 90 leg cit – die Ausnahme bzw den **Zuständigkeitstatbestand der Landesregierung** nach § 86 Abs 3 leg cit („Angelegenheiten der Gemeindegewirtschaft und Haushaltsführung“)

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 12.06.2020, [W120 2229586-1](#)

BundesvergabeG; **BundesvergabeG Konzessionen**; der Abschluss eines Vertrags über den **Betrieb einer Tabaktrafik** fällt nicht in den Anwendungsbereich des BVergGKonz; insb stellt der Betrieb einer Tabaktrafik keine Dienstleistung dar, die in den Anwendungsbereich des Vergaberechts fällt

LVwG Wien 24.04.2020, [VGW-131/018/2572/2020](#)

StVO; das Abstellen eines mehrspurigen Kfz in einer Motor- und Motorfahräder vorbehaltenen Abstellfläche erfüllt nicht die Besorgnis einer **Verkehrsbeeinträchtigung**, welche die sofortige Entfernung des Kfz auf Kosten des Zulassungsbesitzers iSd § 89a StVO rechtfertigt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

08.09.2020, [verb Rs C-119/19 P u C-126/19 P, Kommission/Carreras Sequeros ua](#)

Rechtsmittel – **Öffentlicher Dienst** – Statut der Beamten der Europäischen Union – Reform vom 1. Januar 2014 – Anhang X Art 6 – Beamte und Vertragsbedienstete, die **in einem Drittland Dienst tun** – Neue Bestimmungen über die Gewährung von **bezahlten Jahresurlaubstagen** – Einrede der Rechtswidrigkeit – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 31 Abs 2 – Richtlinie 2003/88/EG – Grundrecht auf bezahlten Jahresurlaub

[08.09.2020, Rs C-265/19, Recorded Artists Actors Performers](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Dem Urheberrecht verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2006/115/EG – Art 8 Abs 2 – **Benutzung von Tonträgern** in der Union – Anspruch der ausübenden Künstler auf eine angemessene Vergütung, die auf sie und die Tonträgerhersteller aufgeteilt wird – **Anwendbarkeit auf Drittstaatsangehörige** – Vertrag über Darbietungen und Tonträger – Art 4 und 15 – Von Drittstaaten notifizierte Vorbehalte – Einschränkungen des Anspruchs auf eine **angemessene Vergütung**, die sich in der Union für Drittstaatsangehörige aufgrund der Gegenseitigkeit aus diesen Vorbehalten ergeben können – Art 17 Abs 2 und Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Grundrecht auf Schutz des geistigen Eigentums – Erfordernis, dass jede Einschränkung gesetzlich vorgesehen sein, den Wesensgehalt des Grundrechts achten und verhältnismäßig sein muss – Aufteilung der Zuständigkeiten für solche Einschränkungen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten – Aufteilung der Zuständigkeiten in den Beziehungen zu Drittstaaten – Art 3 Abs 2 AEUV – Ausschließliche Zuständigkeit der Union

[09.09.2020, verb Rs C-674/18 u C-675/18, TMD Friction](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Unternehmensübergänge** – Richtlinie 2001/23/EG – Art 3 und 5 – Wahrung von **Ansprüchen der Arbeitnehmer** – Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers – Übertragung durch den Insolvenzverwalter des übertragenden, in einem Insolvenzverfahren befindlichen Unternehmens – **Leistungen der betrieblichen Altersversorgung** – Begrenzung der Pflichten des Erwerbers – Berechnung der Höhe der zustehenden Leistung aus einer betrieblichen Zusatzversorgungseinrichtung anhand der Vergütung des Arbeitnehmers bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens – Richtlinie 2008/94/EG – Art 8 – Unmittelbare Wirkung – Voraussetzungen

[09.09.2020, Rs C-254/19, Friends of the Irish Environment](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 6 Abs 3 – Geltungsbereich – Begriffe **„Projekt“** und **„Zustimmung“** – Prüfung von Plänen oder Projekten auf Verträglichkeit mit einem geschützten Gebiet – Entscheidung, mit der die Genehmigung zum **Bau eines Wiederverdampfungsterminals** für verflüssigtes Erdgas verlängert wird – Ursprüngliche Entscheidung, die auf eine nationale Regelung gestützt war, die die Richtlinie 92/43 nicht ordnungsgemäß umgesetzt hatte

[09.09.2020, Rs C-651/19, Commissaire général aux réfugiés und aux apatrides \(Rejet d'une demande ultérieure - Délai de recours\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asylpolitik** – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 47 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Rechtsbehelf gegen einen Beschluss, mit dem ein **Folgeantrag auf internationalen Schutz** als unzulässig abgelehnt wird – **Rechtsbehelfsfrist** – Zustellungsmodalitäten

[10.09.2020, Rs C-363/19, Konsumentombudsmannen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Lebensmittelsicherheit – **Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben** über Lebensmittel – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Art 5 und 6 – Wissenschaftliche Absicherung von Angaben – Allgemein anerkannte **wissenschaftliche Nachweise** – Art 10 Abs 1 – Art 28 Abs 5 – Übergangsregelung – **Unlautere Geschäftspraktiken** im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern – Richtlinie 2005/29/EG – Art 3 Abs 4 – Verhältnis zwischen den Bestimmungen der Richtlinie 2005/29 und anderen Vorschriften des Unionsrechts, die spezielle Aspekte unlauterer Geschäftspraktiken regeln

[10.09.2020, Rs C-367/19, Tax-Fin-Lex](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 2 Abs 1 Nr 5 – Begriff **„öffentlicher Auftrag“** – **Begriff „entgeltlicher Vertrag“** – Angebot eines Bieters zu einem **Preis von null Euro** – Ablehnung des Angebots – Art 69 – Ungewöhnlich niedriges Angebot

[10.09.2020, Rs C-509/19, BMW](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – **Zollkodex der Union** – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Art 71 Abs 1 Buchst b – Zollwert – **Einfuhr von Elektronikgeräten**, die mit einer Software ausgestattet sind

[10.09.2020, Rs C-738/19, A \(Sous-location d'un logement social\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Nr 1 Buchst e des Anhangs – **Missbräuchliche Klauseln** in Verbraucherverträgen – **Sozialwohnung** – Wohnpflicht und **Verbot, die Sache unterzuvermieten** – Art 3 Abs 1 und 3 – Art 4 Abs 1 – Beurteilung der etwaigen Missbräuchlichkeit von Vertragsstrafenklauseln – Kriterien

B. SCHLUSSANTRÄGE

[09.09.2020, Rs C-152/19 P, Deutsche Telekom/Kommission \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Slowakischer Markt der **Breitband-Internetzugänge** – Vom etablierten Anbieter festgelegte Bedingungen für den entbündelten Zugang anderer Wirtschaftsteilnehmer zu den Teilnehmeranschlüssen – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 102 AEUV und Art 54 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Zugangspflicht aufgrund des Regelungsrahmens** – Bronner-Rechtsprechung – Unanwendbarkeit – Zurechnung des Verhaltens der Tochtergesellschaft an die Muttergesellschaft – **Begriff ‚wirtschaftliche Einheit‘** – Bestimmender Einfluss – Tatsächliche Ausübung – Bündel übereinstimmender Umstände

[09.09.2020, Rs C-165/19 P, Slovak Telekom/Kommission \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Slowakischer Markt der **Breitband-Internetzugänge** – Vom etablierten Anbieter festgelegte Bedingungen für den entbündelten Zugang anderer Wirtschaftsteilnehmer zu den Teilnehmeranschlüssen – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 102 AEUV und Art 54 des EWR-Abkommens festgestellt wird – **Zugangspflicht aufgrund des Regelungsrahmens** – Bronner-Rechtsprechung – Unanwendbarkeit – Zurechnung des Verhaltens der Tochtergesellschaft an die Muttergesellschaft – **Begriff ‚wirtschaftliche Einheit‘** – Bestimmender Einfluss – Tatsächliche Ausübung – Bündel übereinstimmender Umstände

[09.09.2020, verb Rs C-225/19 u C-226/19, Minister van Buitenlandse Zaken \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EG) Nr 810/2009 – Art 32 – **Visakodex der Gemeinschaft** – Entscheidung über die **Verweigerung eines Visums** – Anspruch des Antragstellers auf Einlegung eines Rechtsmittels gegen diese Entscheidung – Anspruch auf einen gerichtlichen Rechtsbehelf – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Gute Verwaltung

[10.09.2020, Rs C-59/19, Wikingerhof \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Internationale Zuständigkeit – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 1 und Art 7 Nr 2 – **Besondere Zuständigkeiten**, wenn ‚ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ oder ‚eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder ... Ansprüche aus einer solchen Handlung den Gegenstand des Verfahrens bilden‘ – Begriffe – **Einstufung zivilrechtlicher Haftungsklagen** zwischen Vertragsparteien – Auf eine Zuwiderhandlung gegen die **Vorschriften des Wettbewerbsrechts** gestützte zivilrechtliche Haftungsklage

[10.09.2020, Rs C-62/19, Star Taxi App \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie (EU) 2015/1535 – Art 1 Abs 1 Buchst b – **Begriff ‚Dienste der Informationsgesellschaft‘** – Dienstleistung, die **Taxikunden** mit Taxifahrern unmittelbar in Kontakt bringt – Für die Taxis zugelassener Verkehrsunternehmen obligatorische Dienstleistungen der Taxizentralen – Art 1 Abs 1 Buchst e – Vorschrift betreffend Dienste – Mitteilungspflicht – Richtlinie 2000/31/EG – Art 4 – **Zulassungspflicht** – Zulassungsverfahren, die nicht speziell und ausschließlich Dienste der Informationsgesellschaft betreffen – Richtlinie 2006/123/EG – Art 9 und 10 – Genehmigungsregelungen für Dienstleistungstätigkeiten

[10.09.2020, Rs C-336/19, Centraal Israëlitisch Consistorie van België ua \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1099/2009 – **Schutz von Tieren** zum Zeitpunkt der Tötung – Art 4 Abs 1 – Gebot der Tötung von Tieren nur nach Betäubung – Ausnahmeregelung – Art 4 Abs 4 – Für **religiöse Riten** vorgeschriebene spezielle Schlachtmethoden – Art 26 – Strengere nationale Vorschriften – Einführung eines Verbots der **Schlachtung ohne vorherige Betäubung** – Schlachtung nach speziellen Methoden, die für religiöse Riten vorgeschrieben sind – Umkehrbare Betäubung ohne Tod des Tieres durch die Betäubung oder Betäubung nach Halsschnitt – Religionsfreiheit – Art 10 Abs 1 der Charta

[10.09.2020, Rs C-392/19, VG Bild-Kunst \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – **Begriff ‚öffentliche Wiedergabe‘** – Verlinkung eines urheberrechtlich geschützten Werks im Wege des **Framing** – Mit Erlaubnis des Rechtsinhabers auf der Website eines Lizenznehmers frei zugängliches Werk – Art 6 – Wirksame technische Maßnahmen – Richtlinie 2014/26/EU – Kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten – Art 16 – **Lizenzbedingungen** – Klausel des Verwertungsvertrags, wonach der Lizenznehmer wirksame technische Maßnahmen gegen Framing zu treffen hat

[10.09.2020, verb Rs C-407/19 u 471/19, Katoen Natie Bulk Terminals und General Services Antwerp \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – **Ausübung von Hafentätigkeiten** – Hafenarbeiter (Stauer) – Zugang zum Beruf und Einstellung – Erfordernisse für die **Anerkennung von Stauern** – In ein Kontingent (Pool) aufgenommene Hafenarbeiter – **Direkte Einstellung** von Stauern – Befristung des Arbeitsvertrags – Mobilität der Stauer zwischen den Hafengebieten – Logistische Arbeitnehmer – Vorläufige Anwendung einer mit dem Unionsrecht unvereinbaren nationalen Regelung

[10.09.2020, Rs C-449/19, WEG Tevesstraße \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – **Steuerbefreiung für Verpachtung von Grundstücken** – Nationale Vorschrift, nach der die **Lieferung von Wärme** durch eine Wohnungseigentümergeinschaft an die Wohnungseigentümer von der Steuer befreit ist

[10.09.2020, verb Rs C-473/19 u 474/19, Föreningen Skydda Skogen \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2009/147/EG – Erhaltung der **wildlebenden Vogelarten** – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Verbote zur Erhaltung der geschützten Arten – **Abholzung** – Erhaltungszustand der Arten – Absicht

[10.09.2020, Rs C-735/19, Euromin Holdings \(Cyprus\) \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Gesellschaftsrecht – Richtlinie 2004/25/EG – Übernahmeangebote – **Schutz der Minderheitsaktionäre** – Pflichtangebot – Art 5 Abs 4 – Bestimmung des angemessenen Angebotspreises – Zugrundelegung eines anderen als dem vom Bieter gezahlten Höchstpreises – Genehmigung des Angebotspreises durch die Aufsichtsstelle – Berechnung des **Aktienpreises nach dem Unternehmenswert** – Objektive Bewertungskriterien, die allgemein in der Finanzanalyse verwendet werden – Staatshaftung wegen fehlerhafter Umsetzung und Anwendung des Unionsrechts – Schadensersatzanspruch des Bieters wegen **Festlegung eines überhöhten Preises** – Pauschale Kürzung des Schadensersatzanspruchs – Angemessenheit der Entschädigung

C. GERICHT

[09.09.2020, Rs T-745/17, Kerkosand/Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – **Beihilfe für ein Investitionsvorhaben** in der Westslowakei – Regionale Investitionsbeihilfe – Zurückweisung einer Beschwerde – Entscheidung, keine Einwendungen zu erheben – **Freistellungsvoraussetzungen** – Art 14 der Verordnung (EU) Nr 651/2014 – Umfang der Kontrollbefugnis der Kommission – Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014-2020 – **Begriff des KMU** – Art 3 Abs 2 und 3 des Anhangs I der Verordnung Nr 651/2014 – Für die Berechnung der Mitarbeiterzahl und der finanziellen Schwellenwerte zugrunde zu legende Angaben sowie maßgeblicher Zeitraum – Art 4 des Anhangs I der Verordnung Nr 651/2014 – Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt – Art 4 Abs 4 der Verordnung (EU) 2015 /1589 – Ernsthafte Schwierigkeiten

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.09.2020, Beschwerde Nr [59751/15](#), G.L. / Italien

Verletzung von Art 14 EMRK (Diskriminierungsverbot) iVm Art 2 1. ZPEMRK (Recht auf Bildung); **keine spezialisierte Lernhilfe** für an nonverbalem **Autismus** leidendem Mädchen während der **ersten beiden Jahre der Grundschulausbildung**, obwohl Unterstützung **gesetzlich vorgesehen** war; Regierung stützte sich auf Mangel an finanziellen Mitteln; Bf konnte die Grundschule nicht unter gleichwertigen Bedingungen wie andere Kinder besuchen, wobei der Unterschied auf ihre Behinderung zurückzuführen war; kein Versuch der Behörden, die wirklichen Bedürfnisse zu ermitteln und maßgeschneiderte Unterstützung zu gewähren; keine gleichmäßige Verteilung der Ressourcen auf behinderte und nicht behinderte Schüler; schwerwiegende Diskriminierung, da im Zusammenhang mit Grundschulbildung, welche Grundlage der Kindererziehung und sozialen Integration bildet

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.